

# Schulessen und Leistung

**Diana Skibbe: Mahlzeiten in eigenen Schulküchen oder kommunalen Küchen zubereiten**

**Mit Blick auf aktuelle Angaben zur Situation beim Schulesen in Thüringen hatte Diana Skibbe, Sprecherin für Verbraucherschutz der Landtagsfraktion DIE LINKE, erklärt: „Alle Kinder und Jugendlichen brauchen unabhängig von Herkunft und Elterneinkommen gleiche Chancen. Dazu gehört eine gesunde und regelmäßige Ernährung in den Kitas und Schulen. Die LINKE fordert eine flächendeckende und beitragsfreie Schul- und Kita-Verpflegung.“**

Die Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung dürfe weder an bürokratischen Hürden noch an zu hohen Kosten scheitern. Dabei sei gerade bei den mit dem Bildungs- und Teilhabepaket bedachten Kindern der Verwaltungsaufwand für die Beantragung des Essengeldzuschusses viel zu hoch und es bestehe die Gefahr der Stigmatisierung der Betroffenen.

„So bekommt nur etwa ein Viertel der berechtigten Kinder Leistungen aus dem Teilhabepaket“, monierte die LINKE-Abgeordnete und verlangte, dass die dafür zur Verfügung stehenden Gelder direkt in die Einrichtungen

fließen. Es bestehe ein direkter Zusammenhang zwischen der Ernährung der Kinder und ihrem Lernerfolg. Eine gute Pausenversorgung und ein gesundes, abwechslungsreiches Mittagessen seien aber mit Kostenansätzen von zwei bis drei Euro pro Essen nicht zu realisieren.

„Jeder Küchenleiter, jeder Ernährungswissenschaftler wird bestätigen, dass dieser Satz bei mindestens vier Euro liegen muss“, sagte Diana Skibbe und kritisierte zudem, dass der Betrag im Hartz-IV-Regelsatz für die gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen zu gering angesetzt ist.

## Mehrwertsteuersatz auf Schul- und Kinderspeisung senken

Ziel müsse es sein, die Mahlzeiten in eigenen Schulküchen bzw. kommunalen Küchen zubereiten zu lassen. Damit könnten regional erzeugte Produkte verstärkt genutzt und die einheimische Wirtschaft unterstützt werden. Gleichzeitig wäre es möglich, in einer Schülerrküche die Kinder und Jugendlichen einzubeziehen z. B. über Schülerfirmen und „Menü-Beiräte“. Die LINKE fordert ein Bundesprogramm, das die

Kommunen mit Investitionshilfen beim Aus- und Neubau von Schulküchen und Mensen unterstützt. Dabei haben sich in den letzten Jahren die Vernetzungsstellen Schulverpflegung deutlich profilisiert.

„Ihr Engagement und ihr Fachwissen werden weiter dringend benötigt. Deshalb müssen diese Stellen personell ausgebaut und im Rahmen des Bundes-Aktionsplans IN FORM dauerhaft gesichert werden“, betonte Diana Skibbe. Die LINKE bleibt bei ihrer Forderung nach Reduzierung bzw. Erlass des Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent auf Schul- und Kinderspeisung.

Unverzichtbar ist zudem die Sicherung von Qualitätsstandards, wie von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung gefordert. Die Kriterien einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Schulverpflegung müssen verbindlich in das Thüringer Schulgesetz aufgenommen und Ernährungs- und Verbraucherbildung in den Schulen Bestandteil des Lehrplans werden. Den Kindern und Jugendlichen werden auf diese Weise die notwendigen Kenntnisse und Kompetenzen für ein gesundheitsförderndes Ernährungs- und Konsumverhalten vermittelt. ■

## Zwangsprostitution

Anlässlich einer jetzt in Erfurt stattgefundenen Veranstaltung zur Zwangsprostitution kritisierte MdL Karola Stange die Landesgleichstellungsbeauftragte Johanna Arenhövel: „Zu behaupten, die Zahlen in Thüringen rechtfertigten keine Beratungsstelle und es reiche, die Beraterinnen zu sensibilisieren, geht völlig an der Realität der Zwangsprostituierten und Opfer von Menschenhandel vorbei.“ Die Frauen – und sicher auch zum Teil Männer – leiden unter täglicher Gewalt, haben in der Regel keine Papiere, weil sie ihnen abgenommen wurden oder sie illegal nach Deutschland gebracht wurden, und somit haben sie auch Angst vor den Behörden. „Frauen, die vor äußerster Gewalt bis hin zur Ermordung Angst haben müssen, spazieren nicht so einfach mal in eine Beratungsstelle, die öffentlich zugänglich ist, und hoffen darauf, dass ein Gespräch sie weiterbringt“, so die Linkenpolitikerin. So lange es keine geschützten Räume für sie gebe und sie von Abschiebung bedroht seien, werde es auch keine Fallzahlen geben.

„Wenn sich Frau Arenhövel wirklich für die Menschen einsetzen will, muss die Landesregierung Beratungsstellen zur Verfügung stellen und sich für Gesetzesänderungen einsetzen“, forderte Karola Stange. „Die Betroffenen brauchen dringend ein Bleiberecht, müssen in manchen Fällen in Opferschutzprogramme aufgenommen werden, die bis hin zu neuen Identitäten führen, können und brauchen gut geschulte und ihrerseits geschützte Beraterinnen, die sie während ihrer Behördenkontakte begleiten können.“ ■

## Unterstützung für Gehörlosen-Theater



Im Oktober besuchte die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Karola Stange, das Theater im Arnstädter Schlossgarten, um sich die Aufführung des Stückes „Aniara“ des Deutschen Gehörlosen-Theaters e.V. anzusehen. Im Namen der Linksfraktion übergab sie einen Scheck der Alternative 54 e.V. in Höhe von 400 Euro zur Unterstützung des Landesverbandes der Gehörlosen.

Der schwedische Schriftsteller Harry Martinson erschuf mit „Aniara“ einen Versepos. Im Jahre 1974 bekam er, hauptsächlich für dieses Werk, einen Literaturnobelpreis. Das Deutsche Gehörlosen-Theater e.V. hat das Stück aufgegriffen, in die Gebärdensprache übersetzt und führt es noch bis Ende dieses Jahres deutschlandweit in 15 Städten auf.

Das besondere dabei ist, dass das Theaterstück vorrangig von gehörlosen Schauspielern gespielt wird. Es handelt von einer Gruppe Menschen, die, aufgrund eines Atomkrieges, in einem Raumschiff von der Erde zum Planeten Leier fliehen. In der Hoffnung auf ein sinnvolles Leben finden sie den Tod.

Mit der Inszenierung hat sich der Verein das Ziel gesetzt, hörbehinderten Menschen die Möglichkeit zu geben, in ihrer eigenen Sprache, am kulturellen Leben teilzunehmen. Gleich-

zeitig ermöglichen Dolmetscher dem hörenden Publikum die Teilnahme an der Aufführung. Inklusion ist der Leitgedanke des Stückes. „Es ist mir wichtig, Projekte zu fördern, die Brücken zwischen den Menschen bauen und sie einander näher bringen“, betonte Karola Stange.

Tina Fuhrmann

*Im Oktober wurden durch die Alternative 54 e.V. 19 Zuwendungen in Höhe von 6.850 Euro ausgereicht. Damit haben die Mitglieder LINKE-Abgeordnetenvereins in diesem Jahr schon 60.712 Spenden-Euro weitergegeben.*

*Die Summe der seit Gründung des Vereins gespendeten Mittel beträgt zum gleichen Zeitpunkt 898.446 Euro. Die Abgeordneten haben damit 2.436 Vereinen und Verbänden helfen können, ihre gemeinnützigen Projekte mit Leben zu erfüllen.* ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuwählenden Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

## DAS LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

## Konturenlos

Natürlich ist der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel vor allem ein Taktierer und Populist. Die mit Beschimpfungen nach links garnierte Erklärung, 2017 auf Bundesebene auch für eine Koalition mit Linkspartei und Grünen offen zu sein, zeigt das. Gabriel kauft den Teil seiner Basis, der eigentlich dagegen ist, Merckels Steigbügel zu halten. Von Gabriel werde „die Linke für bündnisfähig erklärt, um die Union zu nötigen und die eigene Basis zu besänftigen“, kommentiert auch Martin Debes in der Thüringer Allgemeinen. Zu kurz springt allerdings der Sender N-TV: „Das Geniale daran: Nicht eine ihrer inhaltlichen Positionen musste die SPD dafür ändern.“ Aber hat sie überhaupt welche? Gleichzeitig macht Gabriel doch der FDP Avancen, mit CDU und CSU verhandelt er ohnehin über eine Koalition.

Christoph Matschie ist in Thüringen tatsächlich einen Schritt weiter gegangen. Das sieht man nicht zuletzt an den hysterischen Reaktionen (CDU: „Tabubruch“, Patrick Kurth, FDP: „Bruch mit dem politischen Anstand“ – als ob ausgerechnet dieser Politclown etwas zum Thema Anstand beizutragen hätte). Dabei hat auch Matschie nur angekündigt, sich 2014 erstmals alle Koalitionsoptionen offen zu halten, diesmal aber keine Vorbedingungen zu stellen. Möglich, dass es ihm nur um „die dritte Spitzenkandidatur“ geht, wie Debes vermutet. „Die Auslieferung ist vorbei“, wird mit Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein ein weiterer potentieller SPD-Spitzenkandidat zitiert.

Die SPD – und das ist das Problematische an den Erklärungen – zeigt sich als unsichere und konturenlose Partei. Sie mag sich als 150 Jahre alte Dame der deutschen Politik zelebrieren, markig ihr „klares Wertegerüst“ beschreiben: inhaltlich ist sie allenfalls eine „Dame ohne Unterleib“. ■